

**LESERMEINUNGEN**

**Bauernfängerei in Schellenberg**

Mit einem Flugblatt an alle Haushaltungen hat gestern «Schellenberg Aktiv» zu einem Faschnachtsanlass eingeladen. Hinter «Schellenberg Aktiv» steckt nicht etwa die offizielle Gemeinde, wie der Name vermuten lässt, sondern die FBP-Ortsgruppe Schellenberg. Wir empfinden das wiederholte anonyme Auftreten der FBP-Ortsgruppe schlichtweg als Bauernfängerei und in höchstem Masse unseriös.

Vorstand der VU-Ortsgruppe Schellenberg Hannes Clavadetscher, Vorsitzender, Feld 25, Schellenberg

**Polizeidichte und Sicherheitskrise**

Immer wieder wurden in den letzten Wochen Leserbriefe über das liechtensteinische Polizeiwesen veröffentlicht. Bisheriger Höhepunkt der Auseinandersetzungen um das Sicherheitszentrum war ohne Zweifel der Beitrag von Hugo Sele (Vaterland und Volksblatt, 17. 2. 2004).

Man mag zur Erweiterung des Polizeigebäudes stehen wie man will. Schlussendlich ist dies auch eine Frage, wie man die eigene Sicherheit einschätzt und wie viel man dafür ausgeben will. Unendlich sind jedoch die Zahlenspiele von Herrn Sele. Will er uns wirklich glauben machen, dass ein neu angestellter Polizist Personalkosten von ca. 233 000 Franken verursacht? Dass ein junger Polizist somit ca. 18 000 Franken Personalkosten im Monat entstehen lässt?

Man sollte doch vorsichtiger umgehen mit solchen Zahlen, die nicht mehr als ein altes Klischee erhärten, nämlich das, dass jeder in Liechtenstein Berufstätige/Arbeitende sich eine goldene Nase verdient, respektive im Schlemmerland lebt.

Redliche politische Auseinandersetzung zeichnet sich durch die Nachvollziehbarkeit von Argumenten aus. Dies gerade auch, wenn man unterschiedlicher Meinung ist. Im Übrigen: Die Besoldung aller Verwaltungsangestellten wurde in einem eigens geschaffenen Gesetz festgelegt. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich selbst eigens ein Bild machen, wie es um die Besoldung von Staatsangestellten steht.

Erika Greinix-Gassner, Ruggell

**NBU: Keine Prämienmanipulation!**

Sehr geehrter Herr Walter Marxer! Wer mit dem starken Vorwurf der Mogelpackung kommt, sollte vorher abklären, ob seine Argumente zutreffen. In den NBU-Inserten der Regierung bietet das Amt für Volkswirtschaft eine NBU-Hotline sowie eine Mail-Adresse an, wo Erkundigungen eingeholt werden könnten.

Nun zu den Argumenten selber: Sie schreiben, «die Regierung senkt den Prämienatz und sie entnimmt dazu die Mittel aus den Reserven». Sie äussern den Verdacht, «dass die NBU-Prämien nur dazu künstlich gesenkt werden sollen, um die Abschaffung der staatlichen Subventionen als gering ... verkaufen zu können. Also handle es sich um eine Mogelpackung.»

Wie es wirklich ist, kann den Akten des Amtes für Volkswirtschaft eindeutig entnommen werden. Die Tatsachen sehen anders aus, als die Behauptungen von Herrn Marxer. Die NBU wird von zehn privaten Versicherungsgesellschaften durchgeführt. Diese errechnen die neuen Prämien und beurteilen selber, ob eine Prämien-senkung angebracht ist. So ist es auch für den Prämientarif 2004-2006 erfolgt. Die Versicherungen haben im Februar 2003 einen gemeinsamen Antrag auf Prämien-senkung gestellt. Das Amt für Volkswirtschaft hat den Antrag durch einen externen Versicherungsmathematiker überprüfen lassen und sodann die neuen Prämien antragskonform festgelegt. Die Regierung hat im August 2003 diese Prämienfestlegung genehmigt, ebenfalls ohne Änderung gegenüber dem Antrag der Unfallversicherungen.

Sie schreiben weiter, Herr Marxer, dass schweizerische Zeitungen über einen Anstieg der Nichtberufsunfälle berichten. Das gilt für die Schweiz. In Liechtenstein kann die Situation aufgrund der

kleinen Versicherungszahlen aber ganz anders verlaufen. Bei Unfällen spielt eben der Zufall und gibt es keine voraussehbare Entwicklung.

Zu diesem Thema genügt der Umfang einer Leserbriefspalte aber nicht. Das Amt für Volkswirtschaft zeigt die Entwicklungen deshalb in einer Medienmitteilung auf, die in den nächsten Tagen an die Zeitungen geht.

Amt für Volkswirtschaft, Vaduz

**Erweiterungsbau Polizei, Ausländer- u. Passamt, Untersuchungsgefängnis**

Zum Leserbrief «Polizeistaat Liechtenstein» von Hugo Sele, vom 17.02.2004.

Sehr geehrter Herr Sele, geschätztes Liechtensteiner Stimmvolk,

Seit bekannt werden des Referendums gegen das «Polizeigebäude» und der damit verbundenen hohen Emotionalisierung dieses Themas, vermisse ich eine klare, fundierte und objektive Berichterstattung, vor allem, wenn die Berichterstattung von Personen gründet, welche kein nahes Verhältnis zur Polizeiarbeit aufweisen und aus diesem Grund nur subjektive Fakten liefern können.

Vorweg möchte ich festhalten, dass es sich bei dem vom Landtag im Jahr 2001 genehmigten Verpflichtungskredit in Höhe von 31.5 Mio. Franken um eine Kostendeckung für den Erweiterungsbau der Landespolizei, des Ausländer- und Passamtes und des Untersuchungsgefängnisses handelt und nicht wie vielfach dargestellt nur des «Polizeigebäudes».

Zum Thema Polizeidichte im Vergleich zur Einwohnerzahl sei darauf hingewiesen, dass der Bericht und Antrag an den Landtag einen Stellenausbau der Landespolizei auf 130 Angestellte, inklusive

Zivilangestellte, in einem externen Expertengutachten, resultierend aus der Reorganisation der Landespolizei, gründet, und vom Landtag, also allen politischen Parteien, genehmigt wurde.

Mit heutigem Stand sind bei der Landespolizei 103 Planstellen, davon 76 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit hoheitlichen Aufgaben tätig. Auch sei darauf hingewiesen, dass bei einem Ressourcenvergleich der Polizeidichte mit dem benachbarten Ausland berücksichtigt werden muss, dass Liechtenstein nicht wie andernorts über Stadt-, Kantons- und Bundespolizei, nicht über ein Militär und nicht über einen eigenständigen Grenzschutzkörper verfügt, sondern vielmehr sämtliche innerstaatlichen Exekutivaufgaben der Landespolizei zufallen.

So werden zum Beispiel Sicherheitsaufgaben wie Objektschutz, Grossveranstaltungen und teils Personenschutz in der Schweiz durch den Einsatz des Militärs unterstützt oder gar abgedeckt. Ebenso kommt bei Katastrophenszenarien im Ausland das Militär zum Einsatz. An dieser Stelle möchte ich auf den Lawinenabgang vom 21./22. Februar 1999 in Malbun hinweisen, wobei die Landespolizei nebst den strategischen Aufgabenstellungen als Landesnotrufstelle unter Einbezug weiterer Institutionen für die Evakuierung, Sicherung der Vermögenswerte, Schadensaufnahmen und Berichterstattungen während mehr als einer Woche tätig war.

Eine Vergleichsstudie, wie von Herrn Sele publiziert, bedingt, dass Vergleichskriterien klar und im Kontext der unterschiedlichen Ausgangslagen/Rahmenbedingungen aufgezeigt werden. Ohne weiter auf Zahlen und Einsparungsmöglichkeiten der Aussagen von Herrn Sele eingehen zu wollen, fällt es mir schwer, dem Gesagten keine polemische Seite abzugewinnen zu können.

Es trifft zu, dass in Liechtenstein

keine klassischen Milieuphenomene wie z.B. auf dem Platz Zürich vorliegen, doch dürfen wir uns nicht vor der Tatsache verschliessen, dass speziell in den letzten fünf bis zehn Jahren eine erhebliche Steigerung der Delikte im Bereich Gewaltstrafaten bzw. einer qualitativen Steigerung der Straftaten/Gewaltphänomene festgestellt werden muss. Um diesen Phänomenen mit der entsprechenden Akribie entgegen zu können ist eine qualitative Steigerung der Polizeiarbeit ebenso wichtig, wie dies in der Privatwirtschaft interessanterweise verstanden gilt. Eine qualitative Steigerung und Anpassung an den europäischen Standard lässt letztlich erklären, weshalb eine externe Expertenkommission zum Schluss kam, die Landespolizei im Hinblick auf das umfassende Aufgabenspektrum als Exekutivbehörde auf 130 Planstellen (Zivilangestellte inkludiert) aufzustocken.

Ich meine, dass uns Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner klar ist, dass die Zukunft, nicht letztlich unter dem Aspekt der EU-Erweiterung und unserem Standort (EU-Aussengrenze) mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemstellungen in Europa veranlasst, den Gang der Zeit bzw. in die Zukunft zu beschreiten.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass das Zürcher Stimmvolk erst kürzlich in einer Volksabstimmung der Planung eines neuen «Polizei- und Justizentrums mit Untersuchungsgefängnis» in Spreitenbach mit einem Kostenaufwand in Höhe von ca. 490 Mio. Franken zustimmte. Allen Negativargumenten zum Trotz, Sicherheit wie polizeiliche Dienstleistungen sind mit Kosten verbunden, welche dem Steuerzahler im Gegenzug zu Gute kommen.

Zitat: «Von der Gewalt, die alle Menschen bindet, befreit der Mensch sich, der sich überwindet.» (Johann Wolfgang Goethe, Die Geheimnisse)

Meier Daniel, Eschen

ANZEIGE

**Hinter d'Fassada luaga**  
Frauen in der FBP



**Und wer denkt an unsere Kinder?**

Das geplante Sicherheitszentrum aus der Sicht der Familie

**Einladung**

zu einem offenen Dialog  
Freitag, 27. Februar 2004 Polizeigebäude Vaduz, 19.00 Uhr